

BM Thul erklärt, dass die Gehölzarbeiten betr. der Erneuerung des Talparks, insbesondere auch durch den Artikel in der OVZ, zu Verwirrungen geführt haben. Das bisherige Verfahren sei durch umfangreiche Bürgerbeteiligungen, z. B. durch Bürgertreffen geprägt. Sämtliche Planungsvarianten wurden während eines Termins zur Bürgerbeteiligung im Krawinkel-Saal ausführlich vorgestellt und könnten noch heute auf der Website stadtteilbuero-bergneustadt.de eingesehen werden. Die Ideensammlung wurden auch auf die Kindergärten, Grundschulen sowie die weiterführenden Schulen ausgeweitet und ebenfalls in die Pläne eingearbeitet. Bei der Vorstellung der Planungsvarianten waren Vertreter der CDU-, der SPD-Fraktion und ein Vertreter des NABU anwesend. Die Planungsvorstellungen umfassten nicht nur die Neugestaltung des Spielplatzes, sondern auch die der Wege sowie die betr. Hecke. Die Planungsvarianten enthielten auch keinerlei „versteckte“ Hinweise, dass Bäume, Sträucher etc. entfernt und neu gepflanzt werden sollten. Ebenfalls wurde zu keiner Zeit verschwiegen, dass der Parkplatz verändert werde. In den Plänen sei eindeutig eine Heckenneupflanzung zu sehen gewesen. Auch die nun entfernte Hecke wurde aufgrund ihrer Lage direkt an der Straße nicht als schützenswert eingestuft. Im Nachgang zu Beteiligungen wurde alle gemachten Vorschläge dem Landschaftsplaner übergeben. Nach Fertigstellung der Planung wurde der NABU zu einem separaten Termin unter Beteiligung des Fachbereichs 4 und des Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses eingeladen und die Pläne vorgestellt. Der Hinweis des NABU-Vertreters in Bezug auf eine schützenswerte Linde wurde aufgenommen. BM Thul weist darauf hin, dass dies seines Erachtens nach eine Beteiligung darstelle. Zudem sei den Stadtratsfraktionen lange vor Maßnahmenbeginn die Möglichkeit gegeben worden, sich zu informieren und beteiligen. Daher kritisiere BM Thul die in den sozialen Medien genutzte Formulierung einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“.

Zu der aufgeworfenen Frage, ob der bestehende Baumbestand zu berücksichtigen oder ggf. einzuplanen gewesen sei, teilt er mit, dass eine Beantwortung schwierig werde. Zunächst müsse dann über die Definition des Wortes „erhaltenswert“ entschieden werden. Nach Hinweis des NABU, dass eine Linde erhaltenswert sei, wurde eine Änderung des Wegeverlaufs vorgenommen. Bereits im Vorfeld wurde kommuniziert, dass im oberen Bereich des Parks Büsche und Sträucher entfernt werden. Aus den vorgenannten Gründen sehe er kein Versäumnis seitens der Verwaltung. Wer in Bezug auf Punkt 1 der Anfrage nun die Wahrheit oder Unwahrheit sage, könne er nicht beantworten. BM Thul könne mitteilen, dass es keinen separaten Ortstermin mit dem NABU gegeben habe. Jedoch sei der NABU, der wiederum in mehreren Medien mit Kritik an den Gehölzarbeiten zitiert wurde, seines Erachtens sehr wohl eingebunden und beteiligt worden.

Zum Thema Baumumpflanzungen weist BM Thul auf die Stellungnahme der Deutschen Gartenamtsleitkonferenz (GALK) zum Thema des sog. „Pflanzchocks“ hin, die diese Vorgehensweise kritisch betrachte. Abschließend teilt er mit, dass der Bürgersteig in diesem Bereich der Talstraße nicht verändert werde.

Zu Punkt 4 der UWG-Anfrage erklärt StVR Wagner, dass der Baubetriebshof den Baumbestand an Plätzen, Straßen oder Parks regelmäßig kontrolliere. Die Gefährdung durch eine bestimmte Weide an der Bushaltestelle in der Talstraße werde vierteljährlich durch den Baumsachverständigen kontrolliert. Nach Aussage des Baumsachverständigen sei die Weide nicht vollständig gesund, von ihr gehe momentan aber keine Gefahr aus.

Stv. J. H. Pütz merkt an, dass der NABU in seinem Pressebericht vom 10.02.2023 der Darstellung der Stadt widersprochen habe. Des Weiteren wirft er die Frage auf, ob die Planungen nicht so hätten vorgenommen werden könne, dass die in Rede stehende entfernte Hecke als Abgrenzung zur Straße und somit zum Schutz der Kinder hätte erhalten werden können. Zudem weise er den Vorwurf des Bürgermeisters zurück, die Vertreter der UWG-Fraktion hätten an den Treffen zur Bürgerbeteiligung nicht teilgenommen. Was sehr wohl der Fall gewesen sei. Er erinnere sich an ein Treffen im Februar des vergangenen Jahres, indem die UWG bei den Vorträgen die überflüssige Gendersprache kritisiert habe. Ergänzend weist er darauf hin, dass es den politischen Vertretern unmöglich sei, alle stattfindenden Termine/Veranstaltungen wahrzunehmen. Aus diesem Grund seien Ausschuss- sowie Ratssitzungen da, um über diese Themen ausführlich zu informieren.

Stv. Pektas regt an, dass gerade bei langjährigen Projekten mit sog. „Meilenstein setzen“ Rat und Ausschüsse über sensible Themen informiert werden könnten.

BM Thul erklärt, sollte er in Bezug auf die Teilnahme der UWG-Fraktion an den Treffen falsch liegen, werde er dies selbstverständlich zurücknehmen. Aufgrund des Hinweises des Stv. Pektas teilt er mit, dass mit den Einladungen zu Sitzungen umfangreiche Sitzungsunterlagen zur Information und Vorbereitung der Sitzung versandt werden. Es sei jedoch schwierig festzustellen, welche Punkte gerade wesentlich seien oder nicht.